

Serbske Nowiny
z.Hd. Janek Schäfer
Tuchamacherstraße 27
02625 Bautzen

Dresden, 29. Juli 2014

Sehr geehrter Herr Schäfer,

haben Sie vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine, die ich gern wie folgt beantworte.

1. Sorbische Angelegenheiten

Zu 1.1: Die Domowina ist für mich die Sprecherin des sorbischen Volkes auf allen politischen Ebenen. Ich pflege auch persönlich den regelmäßigen Meinungs austausch mit Vertretern der Domowina. Denn mir liegt am Herzen, dass wir keine die Sorben betreffenden Entscheidungen über die Köpfe der Sorbinnen und Sorben hinweg treffen.

Zu 1.2: Kein Gesetz auf Erden ist ewig, wir sächsische LINKE halten es daher für sinnvoll, auch das sächsische Sorbengesetz auf den Prüfstand zu stellen, um herauszufinden, ob es gewissermaßen „upgedatet“ werden, also der aktuellen Realität angepasst werden muss. Wir sind bereit, nach der Landtagswahl in Ruhe und unbeeinflusst von Wahlkämpfen jenseits aller Parteigrenzen diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Im Sinne des Respekts vor der Autonomie sorbischer Gremien möchte ich dabei an die Meinungsbildung unter den Sorbinnen und Sorben selbst anknüpfen können.

Zu 1.3: Vor allem die, der Landespolitik Beine zu machen, sich um die Finanzierung zu kümmern. Wir haben zusammen mit der SPD bei den Verhandlungen zur Verfassungsänderung im letzten Jahr durchgesetzt, dass es jetzt in der Sächsischen Landesverfassung einen umfassenden kommunalen Mehrbelastungsausgleich gibt. Die von Prof. von Schorlemer vorgeschlagenen Maßnahmen gründen letztlich in der umfassenden Anwendung von Landes- und auch Europarecht, also müssen die dabei entstehenden Ausgaben etwa für Simultanübersetzungen auch vom Land übernommen werden. Darauf werden wir als Partei und Fraktion dringen.

Zu 1.4: Wir wollen eine klare vertragliche Festlegung, dass auf unbefristete Zeit zumindest ein Inflationsausgleich für das Budget der Stiftung für das sorbische Volk besteht. Das ist eine Forderung, die wir schon seit vielen Jahren erheben. Andere Parteien haben eher darauf gesetzt, immer wieder neu zu verhandeln, das aber nimmt Institutionen und Projekten nicht die ständige Unsicherheit, unter der kein Mensch optimal wirken kann. Deshalb setze ich darauf, dass sich dieses Erkenntnis durchsetzt, dass es ohne garantierten Inflationsausgleich nicht geht. Im Falle einer Regierungsbeteiligung werden wir von Sachsen aus entsprechend tätig werden.

2. Bildung

Zu 2.1: Ja, durch Änderungen des sächsischen Schulgesetzes, mit denen dauerhafte Planungssicherheit für die Familien, Lehrer, aber auch betroffenen Kommunen entsteht. Das geschieht durch die bisherigen Übergangslösungen und Provisorien der CDU/FDP-Koalition nicht. Es sind in Sachsen tausend Schulen geschlossen worden, darunter auch sorbische. Damit muss definitiv Schluss sein. Unser bildungspolitisches Konzept einer Schule für alle bis mindestens Klasse acht verhilft auch dem sorbischen Schulnetz zur Stabilisierung, ja wenn möglich sogar Ausweitung, weil die Klassen nicht nach Klasse 4 durch Teilung der Kinder geschwächt werden. Grundsätzlich müssen wir von dem bürokratischen Druck der Orientierung an Mindestschülerzahlen wegkommen.

Zu 2.2: Nein, solange es nicht selbstverständlich ist, dass jederzeit vor jeder Klasse eine Lehrkraft steht, die in dem entsprechenden Unterrichtsfach ausgebildet ist. Das ständig variierte Herumjonglieren der derzeitigen Regierung mit Lehrer-Einstellungszahlen hilft nicht weiter. Es muss rechtzeitig am Lehramt interessierten jungen Menschen von Seiten des Staates ein Angebot gemacht werden, damit nicht letztlich viele Stellen unbesetzt bleiben. Die rekordverdächtige Zahl an Schulabbrechern in Sachsen und die mangelhafte Inklusion behinderter Kinder verweisen auf das größte Defizit des sächsischen Bildungswesen, dem wir abhelfen müssen: Es werden nicht alle Kinder mitgenommen – wir brauchen aber alle Jungen, um die Zukunft der alternden Gesellschaft meistern zu können.

3. Wirtschaft

Zu 3.1: Noch längst nicht. Ich plädiere für eine regionale, solidarische Marktwirtschaft – dass wir uns weniger als Konkurrenten sehen, sondern in Kooperation, um im Europa der Regionen gemeinsam stark zu sein. Ich komme aus dem Erzgebirge, einer traditionellen Grenzregion. Wir haben zwar schon zunehmend die Einheit im Konsumieren, es fahren glücklicherweise nicht nur unsere Leute in die Nachbarländer, sondern kommen auch Polen und Tschechen vermehrt hierher. Als sächsische LINKE haben wir ein Förderprogramm für Fusionen / Kooperationen (zu) kleiner Unternehmen im Wahlprogramm stehen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Dazu gehören für mich noch mehr grenzübergreifende Partnerschaften in der Wertschöpfung – also die Einheit des Produzierens.

Zu 3.2: Wir haben bei einer Fraktionsvorstandsklausur der LINKEN aus Sachsen und Brandenburg in Schwarze Pumpe unter Beteiligung „unserer“ Minister in der Potsdamer Landesregierung die klare Ansage gemacht: Was mit großem Aufwand vom Spreewald ferngehalten werden muss, hat seine Ursache zu erheblichem Teil im sächsischen Altbergbau. Trotzdem hat sich die sächsische Staatsregierung bisher weniger engagiert als die brandenburgische. Da machen wir weiter Druck. Wer Ländergrenzen überwinden will, muss regelmäßig miteinander reden – wir tun das. Der Umweltzerstörung durch Braunkohle-Tagebau begegnet man aber auf Dauer nur durch den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Dafür setzten wir uns ein – auch mit unserer Forderung nach einem staatlichen Förderprogramm für die Suche nach wirtschaftlichen Alternativen für die Region.

Mit freundlichen Grüßen

Rico Gebhardt
Landes- und Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE Sachsen